

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinhilber, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Zusätze für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 60 Pfg.
Veranlagungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 20 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Die Arbeitsgemeinschaft in der Holzindustrie.

Die traurige Lage, in welche das Holzgewerbe durch den Ausbruch des Krieges versetzt wurde, hat die beiderseitigen Organisationen zusammengeführt und sie veranlaßt, durch gemeinsame Tätigkeit der Not nach Möglichkeit zu steuern. Am 8. September 1914 traten die Vorstände des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und des Gewervereins der Holzarbeiter zu einer Konferenz zusammen, in welcher beschlossene wurden, den örtlichen Organisationen zu empfehlen, „Arbeitsgemeinschaften“ zu bilden. Der Ausdruck „Arbeitsgemeinschaft“ wurde damals nicht gebraucht, aber tatsächlich ist in dieser Konferenz die Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe ins Leben gerufen worden.

Der gemeinsam erlassene Aufruf an die örtlichen Organisationen sagte zunächst zwei Aufgaben ins Auge, die durch das Zusammenwirken gefördert werden sollten: Die Vinderung der Arbeitslosigkeit und die Hochhaltung der Tarifverträge. Das beste Mittel zur Vinderung der Arbeitslosigkeit ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. In diesem Sinne wurde empfohlen, „gemeinsame Eingaben oder öffentliche Aufforderungen an die Kommunalbehörden, Bezirksämter sowie an Private zu richten, die Bauten fortzuführen und die hierfür benötigten Tischlerarbeiten, ebenso Wohnungseinrichtungen usw. tunlichst sofort in Auftrag zu geben.“ Die Tätigkeit, die sich an diese Aufforderung knüpft, war nicht erfolglos. Es gab freilich Unternehmer genug, die den Sinn dieser Arbeitsgemeinschaft nicht zu erfassen vermochten, aber wo mit Verständnis und Eifer ans Werk gegangen wurde, wurde die aufgewendete Mühe nicht selten durch überraschend günstige Ergebnisse gelohnt. Allmählich trat im Gewerbe eine Wendung zum Besseren ein. Der Geschäftsgang belebte sich wieder, aber mehr noch als das bewirkten die fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienst, daß mit der Zeit an die Stelle des Arbeitsmangels vielfach ein Mangel an Arbeitskräften trat. Für eine Aktion zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit lag ein unmittelbares Bedürfnis nicht mehr vor. Aber noch war die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften nicht erfüllt.

Es bedarf keines besonderen Weitblickes, um vorauszu sehen, daß nach Beendigung des Krieges ähnliche Zustände im Gewerbe eintreten werden, wie wir sie beim Kriegsausbruch so schmerzlich empfunden haben. Wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen sind, dann werden die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeitermassen sich einer sehr schwierigen Lage gegenübersehen. Die Rückhaltung des Wirtschaftslebens vom Kriegs- zum Friedensstand wird sich nicht ohne schmerzliche Wehen vollziehen. Eine sehr schwere Aufgabe wird es sein, für die vielen Tausende von Händen, die sich nach langer Kriegsarbeit nun friedlich betätigen wollen, Arbeitsgelegenheit, Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Hier muß beizeiten tatkräftig gehandelt werden, um den Eintritt schlimmer Zustände zu verhüten.

Auf dieses Betätigungsgebiet für unsere Arbeitsgemeinschaften wurde in der Konferenz der Organisationen des Holzgewerbes am 10. und 11. April sehr nachdrücklich hingewiesen. Die Behörden und die öffentlichen Verwaltungskörperschaften müssen angeregt werden, rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen, um im Augenblick des Bedarfs mit reichlichen Arbeitsaufträgen herauskommen zu können. Die Herausgabe von Arbeitsaufträgen allein genügt aber nicht. Wird nicht von vornherein darauf geachtet, daß angemessene Preise gezahlt werden, dann muß damit gerechnet werden, daß Mißstände, unter denen das Gewerbe ohnehin leidet, unter dem Einfluß solcher Arbeitsvergebung überhandnehmen.

Das Submissionswesen, das man richtiger ein Unwesen nennen könnte, spielt bei der Vergabung öffentlicher Arbeitsaufträge eine große Rolle. Würde daran festgehalten werden, daß bei den Aufträgen, die zur Verhütung eines Notstandes nach der Wiederkehr des Friedens ausgegeben werden, der Mindestfordernde bevorzugt wird, dann wird nicht nur das reelle Gewerbe benachteiligt, sondern der Allgemeinheit ernstlicher Schaden zugefügt. Der Schmutzkonkurrenz, die durch das Submissionswesen gefördert wird, muß entgegengetreten werden. Hierfür sind die Vertretungen der beiderseitigen Organisationen, eben die Arbeitsgemeinschaften, die geeigneten Organe. Als solche müßten sie auch von den Behörden anerkannt werden. Diese müßten sich der Arbeitsgemeinschaften bedienen, um sich über die Qualität der in Betracht kommenden Firmen unterrichten zu lassen. Die Benennung geeigneter Firmen an die vergebenden Behörden und die Warnung vor unzuverlässigen Geschäften liegen durchaus im öffentlichen Interesse und sind in einigen Gemeinden bereits durchgeführt.

Die Arbeitsgemeinschaft kann auf unlaute Elemente unter der Aute wehmen erzieherisch wirken. Solche Unternehmer, die sich an die Verträge nicht halten oder durch unethische Unterbietungen das Gewerbe schädigen, kann die Arbeitsgemeinschaft zur Verantwortung ziehen und ihnen nötigenfalls durch Entzug der Arbeits-

kräfte der Möglichkeit berauben, ihr gemeinsames Treiben fortzusetzen. Auf der anderen Seite muß es Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft sein, für die Innehaltung der Tarifverträge zu wirken und dafür zu sorgen, daß den Arbeitern angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährt werden. Ebenso ist die Durchführung der Vereinbarungen über die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten eine Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften, die in der Regel durch die Vertreter der Organisationen in den Schlichtungskommissionen repräsentiert werden. Daraus ergibt sich dann von selbst, daß sie berechtigt sind, als die Vertretung des Gewerbes aufzutreten.

Durch die Konferenz am 10. und 11. April wurden die Arbeitsgemeinschaften im Holzgewerbe zu neuer Tätigkeit angepornt. Es wurde vereinbart, in dem hier angeedeuteten Sinne gemeinsame Eingaben an alle in Betracht kommenden Behörden zu richten, in denen zugleich die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, die geäußerten Wünsche mündlich des näheren zu begründen. Die Eingaben an die Reichszentralbehörden und an die preussischen Ministerien wurden von Vertretern der Zentralvorstände des Arbeitgeber-Schutzverbandes und des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, die an die Regierungen der Bundesstaaten und an die Provinzialbehörden gerichteten von den beiderseitigen Geworvständigen vertreten.

Im Verfolg der Eingaben an die Zentralbehörden hat der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten für sein Ressort und gleichzeitig auch im Namen des Ministers des Innern, des Justizministers und des Reichsamts des Innern die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft auf den 29. Juli zu einer mündlichen Besprechung geladen. Dieser Einladung waren Obermeister Nahardt als Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes und unser Kollege Neumann als Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gefolgt. Sie wurden von Oberregierungsrat Welker und Geheimrat Hüttenheim, als den Vertretern der Regierung, empfangen. In der Besprechung gaben die Regierungsvertreter zunächst der Ansicht Ausdruck, daß der wesentliche Teil der Wünsche der Arbeitsgemeinschaft bereits erfüllt sei. Die Annahme, als ob mir immer der Mindestfordernde den Zuschlag erhalte, sei irrig. In Preußen würde jedesmal eine ganze Anzahl der niedrigsten Offerten von der Bewerberliste abgesetzt. Die Bauämter erteilten keinem Submittenten den Zuschlag, von dem nicht die Leistungsfähigkeit und die Voraussicht bei der Kalkulation des Auftrages vorausgesetzt werde. Nach der Streichung der Mindestfordernden von der Bewerberliste werde von den Verbleibenden unter den drei Mindestfordernden die Auswahl getroffen.

Eine Frage über das Verhältnis zwischen der Arbeitsgemeinschaft und den Handwerkskammern und den Lieferungsverbänden beantwortete Herr Nahardt dahin, daß diese sich gegenseitig ergänzen. Die von den Regierungsvertretern geäußerte Befürchtung, daß eine Handwerkskammer sich beschwert fühlen könne, wenn ein Gutachten über Tischlerarbeiten bei der Arbeitsgemeinschaft statt bei ihr eingeholt würde, glaubte Herr Nahardt durch den Hinweis zerstreuen zu können, daß ein solcher Fall in unserem Gewerbe kaum eintreten werde, weil die Vertretung der Interessen auf beiden Gebieten sich meist in den gleichen Händen befindet. Im übrigen begründete Herr Nahardt die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft besonders unter Hinweis auf die Verhältnisse in Berlin, wo von über 3000 Betrieben noch mehr als 800 geschlossen sind und die Zahl der Versicherten in der Innungskrankenkasse von über 22 000 auf etwa 7000 zurückgegangen ist. Im Interesse der aus dem Felde Zurückkehrenden müsse für ausreichende und rechtzeitige Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gesorgt werden. Nach vor Beendigung des Krieges müssen die erforderlichen Vorarbeiten in Angriff genommen werden. Spezielle Vorschläge sollen hier nicht gemacht werden, das wird an den einzelnen Orten erfolgen. Hier handelt es sich zunächst nur darum, die Behörden zu bewegen, an der Abwehr der unserem Gewerbe drohenden Gefahren mitzuwirken. Man möge aber auch die Hilfe der Arbeitsgemeinschaft bei der Lösung der Aufgaben nicht zurückweisen.

Von unserem Kollegen Neumann wurde insbesondere das Interesse der Arbeiter an der Mitwirkung bei diesen Aufgaben betont. Die Arbeitgeber haben ihre Interessenvertretung in der Handwerkskammer, eine solche gesellschaftliche Vertretung haben die Arbeiter nicht. Die Gewerkschaft ist aber stark genug, um auf den hier in Betracht kommenden Gebieten die Vertretung der Arbeiter zu übernehmen. Wir wollen verhindern, daß uns während des Krieges unsere Errungenschaften verlorengehen. Wir müssen aber auch an die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen und deren Notlage denken, wenn das Gewerbe mit einer abermaligen großen Arbeitslosigkeit bei Kriegsende konfrontiert werden muß. Es ist uns nicht allein um die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tun, sondern auch um eine gerechte Verteilung der Arbeitsaufträge und die Verhaftigung der Firmen, die die Tarifverträge hochhalten und bereit sind, ihre Pflichten den Kriegsbeschädigten gegenüber zu erfüllen. Die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz ist eine wichtige Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft,

und daran können auch die Behörden im Sinne der in der Eingabe geäußerten Wünsche mitwirken.

Damit erklärten sich die Regierungsvertreter grundsätzlich einverstanden. Für die Ueberleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft seien noch keine schriftlichen Anweisungen hinausgegangen, aber bei vielfachen Besprechungen seien Anregungen gegeben worden, die im wesentlichen mit den von der Arbeitsgemeinschaft verfolgten Zielen übereinstimmen. Wenn, wozu die Zeit noch nicht gekommen sei, bestimmte Anweisungen erlassen werden, dann werde natürlich das Holzgewerbe nicht anders behandelt werden können als die übrigen Gewerbe. Zurzeit ständen noch über 1 1/2 Milliarden bewilligter Mittel zur Verfügung, womit mancherlei Notstände gemildert werden könnten. Sobald diese Aufgaben ernstlich an uns herantreten, so erklärte Oberregierungsrat Welker, werden wir uns Ihrer heute hier vorgetragenen wie auch der in Ihrer Eingabe enthaltenen Wünsche für die Berücksichtigung des Holzgewerbes erinnern; das darf ich Ihnen jedenfalls im Namen der von mir vertretenen Behörden erklären. Dem schließlich vom Kollegen Neumann ausgesprochenen Wunsch, weitere Ausprachen, wie die heutige, ins Auge zu fassen und sich bei etwaigen Wünschen und Auskünften in bezug auf das Holzgewerbe an die Zentralvorstände der Organisationen zu wenden, stimmten die Regierungsvertreter im Namen der von ihnen vertretenen Behörden zu. Damit war die Aussprache, von der sich beide Teile befriedigt erklärten, beendet.

Man kann diese Aussprache mit den Regierungsvertretern immerhin als einen Erfolg der Arbeitsgemeinschaft buchen, wenn man ihn auch nicht zu überschätzen braucht. An den maßgebenden Stellen hat man von den Bestrebungen der Arbeitsgemeinschaft Kenntnis genommen. Inwieweit die vorgetragenen Wünsche berücksichtigt werden, muß man zunächst abwarten. Inzwischen sollte das Interesse der Provinzial- usw. Behörden für unsere Bestrebungen nachhaltig geweckt werden. Es kann konstatiert werden, daß sich die Organe der Arbeitsgemeinschaft überall im Reiche nach dieser Richtung bemühen. Von verschiedenen Regierungsstellen liegen bereits Äußerungen auf die überreichte Eingabe vor. Wir behalten uns vor, gelegentlich noch darauf zurückzukommen.

Bei dieser ganzen Aktion handelt es sich um die Abtragung eines kleinen Teiles unserer Dankeschuld an die im Felde stehenden Kollegen. Wir wollen unser möglichstes tun, ihnen bei der Rückkehr in die Heimat die Wege zu ebnen. Wir wollen wünschen, daß der Friede recht bald wiederkehrt, wir müssen aber dafür sorgen, daß die Wiederkehr des Friedens für unser Wirtschaftsleben nicht ebensolche schmerzliche Ueberraschungen bringt wie der Ausbruch des Krieges. Eines der Mittel, die Ueberleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft zu erleichtern, ist die Tätigkeit unserer Arbeitsgemeinschaft.

Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Als eine Errungenschaft des Krieges kann es betrachtet werden, daß heute mit größerem Freimuth über die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung gesprochen wird. Die Auffassung, als ob der Geschlechtskranke zugleich mit einem sittlichen Makel behaftet sei, ist auch heute noch nicht völlig überwunden, aber die Erkenntnis, daß es im Interesse der Volksgesundheit und besonders auch in dem der Volksvermehrung liegt, eine gefährliche Volksseuche energig zu bekämpfen, bricht sich immer mehr Bahn.

Als ein wesentlicher Fortschritt ist es zu betrachten, daß die soziale Gesetzgebung von der früheren engherzigen Auffassung gegenüber den Geschlechtskranken abgekommen ist. Das alte Krankenversicherungsgesetz gestattete noch den Krankenkassen, durch statutarische Bestimmungen Kranke, welche sich eine Krankheit „durch geschlechtliche Ausschweifungen“ zugezogen haben, vor dem Genuß des Krankengeldes ganz oder teilweise auszuschließen. Die Reichsversicherungsordnung kennt diesen Grund für die Beschränkung der Krankenunterstützung nicht mehr. Dagegen machen sich neuerdings starke Bestrebungen geltend, die Träger der Invaliditätsversicherung zugleich zu Trägern eines Systems der planmäßigen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu machen.

Die Bezeichnung der Geschlechtskrankheiten als „gehime“ Krankheiten ist nicht ganz unbegründet. Der Erkrankte hat ein begriffliches Bedürfnis, seinen Zustand zu verbergen, und die ersten Anzeichen der Krankheit sind meist so, daß ihr Verbergen nicht schwerfällt. Um so fürchterlicher sind die Folgen, wenn die Krankheit nicht rechtzeitig und sachgemäß bekämpft wird. Nicht nur der Befallene wird körperlich ruiniert, er ist auch eine Gefahr für seine Umgebung, auf welche der Krankheitsstoff leicht übertragen werden kann.

Als eine verhältnismäßig harmlose Geschlechtskrankheit wird die recht weit verbreitete Gonorrhöe, der Tripper, angesehen. Sehr zu Unrecht. Die Krankheit führt sehr oft zur Entzündung der Nieren und dadurch zur völligen oder teilweisen Unfruchtbarkeit. Die Verminderung der

Geburten ist ein Schaden für unsere Volkswirtschaft. Aber auch bei dem von der Krankheit Befallenen kann sich aus dem vernachlässigten Leiden ein langwieriges Siechtum entwickeln. Noch viel schlimmer sind die Folgen des Trippers beim weiblichen Geschlecht. Viele schmerzvolle Unterleibsleiden, die den Erkrankten jahrelange Pein verursachen, sind auf eine Tripperansteckung zurückzuführen. Ein sehr großer Teil der angeblich Blindgeborenen verbannt den Verlust des Augenlichts der Trippererkrankung der Mutter. Wenn beim Geburtsakt Trippergerüst in das Auge des Neugeborenen kommt, ist Erblindung die Folge, sofern nicht entsprechende Maßnahmen gegen diese Gefahr getroffen werden.

Weit furchtbarer noch sind die Folgen der Syphilis, die in ihren Anfangsstadien dem Laien leicht als ein harmloses Uebel erscheint. Auch diese Krankheit kann zur Unfruchtbarkeit führen. Häufiger aber sind Totgeburten oder eine schwächliche, minderwertige Nachkommenschaft. Die Syphilis ist eine heimtückische Krankheit. Wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft wird, durchleuchtet sie den ganzen Körper. Dabei gibt es Perioden, in denen der Kranke kein Anzeichen der Krankheit verspürt und sich wieder völlig hergestellt glaubt. Dieses Stadium ist aber besonders gefährlich, weil der Kranke glaubt, nun dem mächtigen Naturtrieb folgen zu dürfen und dadurch sein Leiden auf andere überträgt. Nach Jahren scheinbarer Gesundheit zeigen sich dann plötzlich die Spuren der Krankheit an den verschiedensten Körperstellen, ein Beweis dafür, daß der Krankheitsstoff durch das Blut in alle Teile des Körpers getragen wurde. Der Syphilitiker verfällt oft in ein langes, qualvolles Siechtum, das sich auch auf seine Nachkommenschaft überträgt. Geisteskrankheiten wie Gehirnweichung, auch Rückenmarksschwindsucht sind oft eine Folge der Syphilis.

Die große Gefahr, die der Volksgesundheit aus den Geschlechtskrankheiten droht, ist schon lange erkannt worden, und ebenso, daß die Prostitution der Hauptherd für die Verbreitung dieser Krankheiten ist. Der Versuch, mit polizeilichen Mitteln gegen diese Gefahr anzukämpfen, mußte aber notwendig zu einem Mißerfolg führen. Die Prostitution ist in unseren sozialen Verhältnissen begründet, und sie kann durch polizeiliche Maßnahmen nicht beseitigt werden. Durch die Reglementierung wird nur ein kleiner Teil der Prostituierten erfaßt. Diese können wohl verschiedenen Schikanen unterworfen werden, aber die Reglementierung der Prostitution hat sich als ein sehr wenig geeignetes Mittel im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten erwiesen.

Der Krieg und seine Begleiterscheinungen haben einer starken Verbreitung der Geschlechtskrankheiten die Wege geebnet. Es hat keinen Zweck, sich mit pharisäerhaften Nebensachen hinwegzusetzen. Man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Nur bei völlig vorurteilsfreier Betrachtung der Verhältnisse gewinnen wir den richtigen Standpunkt zur Beurteilung der Tatsachen. In dieser Beziehung kann die kleine Schrift von Schwester Lydia Ruchland, „Krieg und Geschlechtskrankheiten“, warm empfohlen werden. Die Verfasserin sagt darin den Frauen in sehr ruhiger Weise, was über den Gegenstand zu sagen ist. Unter den nun einmal bestehenden Umständen, sagt sie ganz richtig, ist Prostitution nicht am Platze. Und wenn sie im Anschluß daran fortfährt: „Eine Wagenladung der bekannten Schutzmittel ins Feld geführt, dünkt mir wichtiger als ein Waggon Pilsenerbier oder Pilsener“, so ist das nicht etwa der Ausdruck einer frivolen Gesinnung, sondern ein Zeichen der wahren Sittlichkeit, von der sich die Verfasserin der Broschüre leiten läßt. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß durch den Krieg die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten eine starke Förderung erfährt.

Die Militärbehörden sind bemüht, durch entsprechende sanitäre Maßnahmen dieser Gefahr nach Möglichkeit vorzubeugen. Es soll ihnen auch gelingen sein, die Ausbrei-

lung der Geschlechtskrankheiten in mäßigen Grenzen zu halten. Immerhin ist die Gefahr sehr groß, daß nach Beendigung des Krieges die schlimmste Seuche in viele Familien in die Heimat verschleppt wird. Dieser schweren Gefährdung der Volksgesundheit kann nicht früh und nicht energisch genug entgegengewirkt werden.

In den Dienst dieser Aufgabe wollen sich die Träger der Invaliditätsversicherung stellen. Schon seit einigen Jahren hat die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Hamburg eine Ueberwachung der Geschlechtskranken eingerichtet. Etwas Ähnliches soll nun für das ganze Deutsche Reich geschaffen werden, nach einem Plan, den der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann entworfen hat, und dem die Vorstände aller Landesversicherungsanstalten zugestimmt haben. Eine Voraussetzung für den Erfolg ist es, daß die geplanten Einrichtungen populär werden. Es haben deshalb Beratungen mit Vertretern der Militärverwaltung, den Krankenkassen, Gewerkschaften und mit dem Vorstand der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten stattgefunden, ehe der Plan im Dezember des vorigen Jahres der Volksversammlung der deutschen Versicherungsanstalten vorgelegt wurde, die ihn einstimmig gutheißt.

Nach diesem Plan sollen die Versicherungsanstalten Beratungsstellen für Geschlechtskranke einrichten. Um den Versicherten die Benutzung der Beratungsstellen zu erleichtern, sollen die Reisekosten von den Versicherungsanstalten getragen werden. Die Beratungsstellen führen Aufzeichnungen über ihre Besucher, die sie bei einem Umzug des Versicherten an die zuständige Anstalt weitergeben. Der Dienst an den Beratungsstellen wird von Ärzten wahrgenommen, die jedoch den Kranken nicht behandeln. Ist eine Behandlungsbedürftigkeit festgestellt, dann wird der gegen Krankheit Versicherte grundsätzlich der zuständigen Krankenkasse überwiesen, es sei denn, daß er triftige Gründe gegen eine Behandlung auf Kosten der Krankenkasse geltend macht. In diesem Fall erfolgt die Behandlung auf Kosten der Versicherungsanstalt. Das gleiche geschieht auch, wenn der Kranke nicht gegen Krankheit versichert ist. Auch für solche Kranke kann die Versicherungsanstalt die Fürsorge übernehmen, die nicht gegen Invalidität versichert sind, aber der versicherungspflichtigen Bevölkerung nahe stehen, und bei denen zu besorgen ist, daß ohne dieses Eingreifen eine sachgemäße Behandlung unterbleibt.

Diese Einrichtung ist zunächst für die Kriegsteilnehmer gedacht, die nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienst und der militärärztlichen Behandlung den Beratungsstellen überwiesen werden. Es ist aber gleich ins Auge gefaßt, sie weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die Hoffnung ist begründet, daß die Beratungsstellen sich zu einer wertvollen Einrichtung im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten entwickeln. Wenn ein so hervorragender Fachmann wie Professor Reisser erklärt: „Der neue Schritt der Versicherungsanstalten ist mit der allergrößten Dankbarkeit zu begrüßen, denn wir dürfen daran die Hoffnungen knüpfen, daß für alle Zeiten diese beratenden Aufsichtsstellen bestehen bleiben und sich zu einer allgemeinen Fürsorge aller männlichen und weiblichen Geschlechtskranken herausbilden werden“, dann darf man diesem Urteil die größte Bedeutung beimessen.

Jedenfalls ist es wichtig, daß der Bedeutung des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten in allen Teilen der Bevölkerung volles Verständnis entgegengebracht wird. Es ist deshalb zu begrüßen, daß neuerdings auch versucht wird, die Gesetzgebung für eine sachgemäße Tätigkeit auf diesem Gebiet zu interessieren. Der gegenwärtige Generalgouverneur von Belgien, General v. Bissling, hat im preussischen Herrenhaus den Antrag eingebracht: Die Staatsregie-

1. einen bestimmten Betrag in den Etat einzustellen a) zur Einführung der Geschlechtskunde als pflichtmäßiges Lehrfach an den Seminaren und Hochschulen für die Geistlichen und die Lehrpersonen an Hoch-, Mittel- und Volksschulen, b) zur Aufnahme der Haut- und Geschlechtskrankheiten als pflichtmäßiges Prüfungsfach bei der ärztlichen Staatsprüfung, c) zur Abhaltung planmäßiger Vorträge von den Schülern und Schülerinnen der Volks-, Mittel-, Hoch-, Fach-, Gewerbe-, Handlungs- und Fortbildungsschulen vor der Entlassung über Wesen und Bedeutung der Geschlechtskrankheiten durch fachwissenschaftlich besonders vorgebildete Schullehrer oder Amtsärzte, d) zu einem größeren Preisauschreiben für die beste Veröffentlichung über die Frage: „Welchen Einfluß haben die Geschlechtskrankheiten auf die Bevölkerungsbewegung?“, e) zur Unterstützung der Bestrebungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten;

2. dahin zu wirken, daß jede Person, die, obwohl sie weiß oder wissen mußte, daß sie geschlechtskrank ist, trotzdem geschlechtlich verkehrt, bestraft werden kann.

So begrüßenswert alle Maßnahmen sind, Aufklärung über das Wesen der Geschlechtskrankheiten zu verbreiten, die Ansteden zu verhüten und den Erkrankten eine sachgemäße Behandlung zu sichern, so wird man aber darüber nicht vergessen dürfen, daß diese Krankheiten auf das engste mit unseren sozialen Verhältnissen zusammenhängen. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten muß Hand in Hand gehen mit dem Kampf gegen den Mißbrauch des Alkohols. Dieses Gift, das schon so viel Unglück über die Welt gebracht, schon so viele Verbrechen verursacht hat, trägt auch ein gehässiges Maß von Schuld an der weiten Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Eine andere Ursache ist die Wohnungsnot, die, zumal in den Großstädten, jetzt schon furchtbar genug ist, die aber nach dem Kriege noch viel schlimmer zu werden droht, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden. Der Kampf gegen die Volkskrankheiten, zu denen auch die Geschlechtskrankheiten gehören, ist ein Teil der sozialen Frage. Die Erfolge in diesem Kampfe werden um so größer sein, je besser die wirtschaftliche Lage der Arbeiter ist. Die sittliche Hebung des Volkes ist in sehr erheblichem Maße eine Wagenfrage. Indem wir als Gewerkschaften uns mühen, die Lage der Arbeiter zu heben, schaffen wir zugleich die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung auch der Geschlechtskrankheiten.

Was tut das Kriegsernährungsamt?

Das Kriegsernährungsamt ist bei seiner Errichtung mit großen Hoffnungen begrüßt worden; es hat auch schon sehr viel von sich reden gemacht, aber von seinen Taten ist leider noch nicht viel Nützliches zu melden gewesen. In der Schwelle des dritten Kriegsjahres hat das Kriegsernährungsamt das deutsche Volk mit einem Ausruf beglückt, der „an die Verteidiger des Vaterlandes in der Heimat“ adressiert war. Es waren schöne, verheißungsvolle Worte, die uns geboten wurden. Wie hoffnungsfreudig klingt es, wenn es in dem Ausruf heißt: „Auf den heimischen Fluren reißt uns eine Ernte entgegen, die reicheren Ertrag verspricht als die vorjährige. Sie gibt uns die sichere Gewähr, daß bei richtiger, die Mängel der bisherigen Regelung vermeidenden Verteilung die hingehende Opferwilligkeit unseres Volkes keine seine Kräfte übersteigende Belastungsprobe erfahren wird. Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden, und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen.“

Schöne Worte, in der Tat; aber leider nichts als Worte, denen entsprechende Taten noch nicht gefolgt sind. Die Regelung der Rationierung, die erste Be-

Ein neues Sammelwerk.

Die Zahl der Sammelwerke, in denen die Ansichten verschiedener Autoren über Einzelfragen aus dem weitestgehenden Gebiet der Neuorientierung zusammengefaßt werden, mehrt sich. Das erste Buch dieser Art wurde von Friedrich Schimme und Karl Legien unter dem Titel „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland“ herausgegeben. Diesem Buch der Zwanzig ließ Schimme kürzlich ein weiteres folgen, in welchem die Ansätze von vierzig Autoren unter dem Titel „Dem inneren Frieden des deutschen Volkes“ zusammengefaßt sind. In die gleiche Kategorie gehört das vorliegende Buch, dessen Rahmen jedoch enger gefaßt ist. Die Herausgeber, die zu ihrem Plan von Dr. Schimme angeregt wurden, beabsichtigen zunächst nur Fragen des Rechts und der Verwaltung zur Erörterung zu stellen, sie haben aber aus inneren Ursachen den Rahmen schließlich etwas weiter gezogen.

Dem Leser werden 25 Aufsätze von 25 verschiedenen Autoren geboten, die in verschiedenen Lagern stehen. Jeder der Mitarbeiter hat sein Gebiet selbstständig bearbeitet, ohne Kenntnis von dem Inhalt der Abhandlungen der anderen. Dadurch sind sehr interessante Bilder zustande gekommen, doch ist es nicht gut möglich, in dem Rahmen einer kurzen Besprechung den einzelnen Verfassern gerecht zu werden. Recht und Verwaltung sind die Grundlagen, von welchen eine Neuorientierung der Politik ausgehen muß, wenn es nicht bei dem bloßen Versprechen bleiben, sondern wirklich etwas geschehen soll. Der große Wert des Buches liegt darin, daß hier gute Kenner des fraglichen Gebiets die Fäden des bestehenden Zustandes offen darlegen. Dadurch gewinnt auch der Laie Einblick in die Verhältnisse. Er erkennt die wahren Ursachen und den inneren Zusammenhang der Dinge, und der allgemeine, aber im einzelnen unklare Wunsch nach Reformen wird auf bestimmte Ziele gelenkt.

In dem ersten Aufsatz über „die soziale Kraft der Koalition“ befaßt sich Dr. Hugo Heinenmann mit den rechtlichen Grundlagen des Koalitionsrechts. Das sind Fragen, welche die Arbeiterschaft sehr unmittelbar und lebhaft interessieren. Andere Gebiete, die in dem Buch behandelt werden, gehören dem Interessenskreis des Arbeiters jedoch weniger an. Eine nähere Bekanntschaft mit der Materie

läßt aber schnell über diesen Irrtum auf. Es seien auf gut Glück einige der behandelten Thematata genannt: Professor W. Franz schreibt über „Juristische Vorbildung und Auslese der Verwaltungsbeamten“, Oberlandesgerichtsrat Marx über „Richter und Justizverwaltung“. An die Abhandlung über „Berufsrichter und Volksrichter“ von Wolfgang Heine schließt sich eine solche über „Richter, Anwalt und Staatsanwalt“ von Landgerichtsdirektor Dr. v. Campe. Professor v. Pliethal schreibt über „Soziale Aufgaben des Strafrechts vor und nach dem Kriege“. Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die Rechtsentwicklung ist der Aufsatz betitelt, den Th. Brauer, Schriftleiter des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften, beisteuert. Ueber „Arbeitsrecht und Versicherungsrecht“ schreibt Arbeitersekretär R. Wissell. Die „Arbeitsnachweisfrage“ wird von Adolf Cohen, dem Berliner Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, „Der Arbeitsvertrag nach dem Kriege“ von Theodor Leipart, dem Vorsitzenden unseres Verbandes, besprochen. Damit ist nur ein Teil der Mitarbeiter an dem Werte genannt, die das in Frage kommende Gebiet unter den verschiedensten Gesichtspunkten betrachten.

Bei der Fülle des Materials müssen wir auf eine nähere Besprechung einzelner Aufsätze verzichten. Der Verfasser des Buches wegen dürfte vielleicht die Abhandlung über den Arbeitsvertrag unsere Kollegen besonders interessieren. Unser Verbandsvorsitzender hat über dieses Thema schon verschiedene Arbeiten veröffentlicht, und dadurch sowie durch die Leitung von vielen Tarifverhandlungen im Holzgewerbe bewiesen, daß er den Gegenstand sowohl theoretisch als praktisch beherrscht. In dem vorliegenden Aufsatz beschäftigt er sich hauptsächlich mit der Frage der Abdingbarkeit der Tarifverträge. Das heißt der Frage, ob neben dem Tarifvertrag und im Gegensatz zu seinen Bestimmungen unter dem Schutze des gewerblichen Rechts Sonderabmachungen getroffen werden dürfen. Diese Frage ist strittig, aber die Gerichte stellen sich immer mehr auf den Standpunkt, daß die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages dem § 103 der Gewerbeordnung widerspreche, der die Schließung der Arbeitsbedingungen zum Gegenstand der freien Uebereinkunft macht. Eine solche Auslegung des Gesetzes muß den Wert des Tarifvertrages bedeutend herabmindern. Leipart empfiehlt den vertragsschließenden Parteien, zum Schutze des Tarifvertrages in diesen eine Bestimmung aufzunehmen, welche die beiderseitigen Organisationen verpflichtet, ihre Mitglieder gegenseitig und in

jedem Einzelfalle davon abzuhalten, tarifwidrige Arbeitsverträge unter sich einzugehen.

Das wäre jedoch nur ein Notbehelf, der die gesetzliche Sicherung des Tarifvertrages nicht überflüssig macht. Die gesetzliche Regelung wird sich natürlich nicht auf die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages beschränken dürfen, sondern auch eine Reihe anderer Fragen des gewerblichen Rechts wird in die Regelung einbezogen werden müssen. Leipart erklärt es für notwendig, daß alle Vorschriften der Gewerbeordnung, die sich auf die Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern beziehen und zum Teil einen recht patriarchalischen Anstrich haben, der heutigen Stellung der Arbeiter im öffentlichen Leben sowie dem Einfluß ihrer Organisationsentsprechend geändert werden, oder aber sie müssten durch das Gesetz über die Tarifverträge völlig ersetzt werden. Der Gewerkschaftskongreß in München hat sich zwar gegen eine sofortige gesetzliche Regelung der Tarifverträge ausgesprochen, weil der Boden hierfür noch lange nicht genügend geebnet sei. Der Kampf um die Macht, das heißt gegen das einseitige Bestimmungsrecht der Unternehmer, müsse zunächst weitergeführt werden. Unternehmer wie Behörden und Regierungen müssen erst ihren Widerstand gegen die freie Entfaltung der Arbeiterorganisationen fallen lassen. Inzwischen haben die Regierungen den Gewerkschaften wiederholt ihre größte Anerkennung gezollt, ohne allerdings ihren schönen Worten bisher die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Die meisten Versprechungen sollen aber erst nach dem Kriege eingelöst werden, und da sei vielleicht zu hoffen, daß dabei auch der Tarifvertrag in gebührendem Maße zu seinem Rechte kommt.

Wie hier in bezug auf das Recht des Tarifvertrages wird in den meisten der übrigen Aufsätze auf wunde Punkte in unseren Zuständen hingewiesen und die Stelle gezeigt, an welcher der Hebel angelegt werden muß, um Besserung zu erzielen. Die offene Aussprache ist wertvoll; ob allerdings die erhoffte Besserung eintritt, ob die Neuorientierung wesentlich über das Stadium der Versprechungen hinausgelangen wird, das wird vornehmlich von der Energie abhängen, mit welcher die notwendigen Forderungen vertreten werden. Nicht oft und nicht nachdrücklich genug kann es wiederholt werden, daß die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter auf allen Gebieten durchaus abhängig ist von der Stärke unserer Organisationen. Sollten wir unter schönen Versprechungen doch schließlich die Genarten sein.

Die Redaktion der Holzarbeiter-Zeitung dankt dem Herausgeber des Buches, Dr. Schimme, für die Überlassung des Manuskripts. Preis des Buches 1,20 M. gebunden 1,50 M.

bedeutende Leistung des Kriegsernährungsamtes, werden auch die eifrigsten Lobredner dieser Behörde nicht als ein Meisterstück bezeichnen können. Die Produzenten haben allerdings alle Ursache, auf Herrn v. Batocki und sein Amt Hoheschulmen anzukommen. Ganz anders urteilen die Verbraucher, die gezwungen sind, ungeheuerliche Preise für ein unentbehrliches Nahrungsmittel auszugeben.

Nach einigen Wochen unerträglicher Kartoffelnot wurden die Städte mit Frühkartoffeln überschwemmt. Von der Stadt getrieben, an dem märchenhaften Preis zu profitieren, den ihnen das Kriegsernährungsamt beschert hatte, rissen viele Landwirte nicht nur die Frühkartoffeln, sondern auch massenhaft unreife Spätkartoffeln aus dem Boden und sandten sie, oft reichlich mit Erde gemischt, in die Städte. Diese wußten sich vor der Kartoffelflut nicht zu retten, und tausende Zentner Kartoffeln verdarben. Diese Flut ist nun abgeebbt, und statt dessen kommen wieder aus vielen Orten Klagen über mangelnde Kartoffelzufuhr. Daß es in dem begonnenen Erntefahr keine billigen Kartoffeln geben wird, dafür hat das Kriegsernährungsamt in weiser Voraussicht gesorgt. Wir wollen nur hoffen, daß der augenblickliche Mangel an Kartoffeln nicht wieder zur Regel wird; absolutes Vertrauen zu einer ordnungsmäßigen und ausreichenden Versorgung haben wir allerdings nicht. Wie steht es mit sonstigen Nahrungsmitteln? Auf den heimischen Fluren ist eine gute Gemüse- und Obst-ernte herangereift. Ob bei der Verteilung die Mängel der bisherigen Regelung beibehalten oder ob diese Mängel durch andere ersetzt werden, wollen wir nicht untersuchen, sondern lediglich feststellen, daß die Preise für Obst und Gemüse für den Geldbeutel der Arbeiter unerschwinglich sind. Die Kirchengzeit ist vorüber. Die Preise der Kirshen waren die ganze Zeit hindurch so hoch, daß sehr viele Mütter imstande waren, ihren Kindern mit einer handvoll Kirshen eine bescheidene Freude zu machen. Das gleiche war mit dem Veerenobst der Fall. Nun reifen Pfämen, Birnen und Äpfel. Die Preise, die an den Verkaufsständen gefordert werden, wirken aber abschreckend. Für Familien mit bescheidenem Einkommen gibt es in diesem Jahre kein Obst zum Genießen, sie müssen es beim Ansehen in der lederen Fruchte bewenden lassen. Und mit dem Gemüse steht es ähnlich.

Das Kriegsernährungsamt ist beizeiten auf die Vorbereitungen zur Hochtreibung der Obstpreise hingewiesen worden. Die ungeheuren Ueberbietungen der Auktionspreise bei der Versteigerung der Obsterte haben Bestätigung erregt und sind in allen Teilen des Reiches besprochen worden. Das Kriegsernährungsamt hat anscheinend nichts davon erfahren. Man hat öffentlich Ratschläge erteilt, wie man trotz des Zuckermangels Obst konservieren kann, und geraten, ja nichts unkommen zu lassen. Ueberflüssige Ratschläge! Bei den geltenden Preisen ist das Einmachen von Obst in den Haushaltungen eines der Vorrechte der Besessenden.

Wegen diesen Wucher ist der einzelne wehrlos. Er muß auf Obst und Gemüse als einem unerschwinglichen Luxus verzichten und froh sein, wenn er nur genügend Kartoffeln für teures Geld aufstreifen kann, um den Hunger zu stillen. Ebenso wehrlos sind aber auch die Gemeindevorstände. Sie können wohl Höchstpreise festlegen, aber damit erreichen sie lediglich, daß die Waren vom Markt verschwinden und sich nach Orten ziehen, in denen dem Wucher keine Schranken gesetzt sind. Das Kriegsernährungsamt hätte die Macht, durch Verfügungen, die für das ganze Reich Geltung haben, Ordnung zu schaffen.

Sehr schön spricht das Kriegsernährungsamt in seinem Auftruf von dem unermesslichen Dank, den wir in der Heimat den Tapferen draußen schulden, die unsere Grenzen schützen. Ihr Vorbild soll uns leiten bei der Anpassung an die Kriegsernährungsverhältnisse. Sehr gut gesagt; wir möchten aber den Rat, die Tapferen draußen zum Vorbild zu nehmen, an das Kriegsernährungsamt zurückgeben: Mit dem gleichen Mut und der gleichen Tatkraft, mit der die Tapferen draußen dem äußeren Feinde wehren, möge das Kriegsernährungsamt gegen den inneren Feind vorgehen. Der Lebensmittelmacher ist der schlimmste Feind des deutschen Volkes. Dagegen muß das Kriegsernährungsamt endlich ernsthaft zu Felde ziehen. Damit könnte es sich das Vertrauen des deutschen Volkes erwerben. Mit schönen Worten ist uns nicht geholfen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 35. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat August ist spätestens bis zum 2. September an uns einzusenden. Im Interesse einer vollständigen Statistik sollte die rechtzeitige Berichterstattung von keiner Stelle veräumt werden. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatsanfang ein.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 2231 (Jugendl.) Joh. Boffe, Stuhlrohrarb., geb. 27. 4. 98 in Bremen.
 - 2228 Willy Thiele, Tschl., geb. 25. 12. 89 in Weimar.
 - 2253 Louis Billig, Tschl., geb. 2. 4. 60 in Eßfen.
 - 2217 Otto Kühn, Tschl., geb. 10. 5. 69 in Gröbzig.
- Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Vorstandsvorsitz.

Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter.

In der Sitzung der Zentralkommission vom 17. August dieses Jahres wurde der Unterzeichnete als Vorsitzender der Kommission gewählt. Alle Zuschriften sind deshalb fortan an die nachstehende Adresse zu richten.

Thorwald Jörgensen,
Samburg 23, Seemestr. 44, III.

Korrespondenzen.

Offenbach. Eine Submissionsblüte. Bei der Vergabe der Schreinerarbeiten zum hiesigen Alterbahnhof betrug das niedrigste Angebot 2944, das höchste 5796 M. Die Arbeiten werden nun in einem Orte des Schwarzwaldes hergestellt, wo unsere Organisation jedenfalls noch einflusslos ist und die betreffenden Arbeiter noch mit Löhnen zu rechnen haben werden, welche es diesem Unternehmer gestatten, solche Unterbietungen zu machen. Zur Ehre der hiesigen Unternehmer muß gesagt werden, daß sie mit ihren Forderungen mit an höchster Stelle standen. Nur die Firma Simon Jäger, die in der Fensterrahmenfabrikation schon in Friedenszeiten immer die Preise gedrückt hat und in dieser Hinsicht mit der berühmten Firma Fasig in Ludwigshafen wetteifert, glänzt auch bei dieser Submission an fünfter Stelle mit einem Angebot von 3450 M. Leider ist infolge der Interesslosigkeit unserer Kollegen der Einfluß unserer Organisation auf diese Firma sehr gering. So gelang es uns leider auch im Jahre 1911 nicht, dem mit den übrigen Glasermeistern abgeschlossenen Tarifvertrag Geltung zu verschaffen, sondern diese Firma hat ihren eigenen Vertrag und Akkordtarif mit ihren Arbeitern abgeschlossen, welcher noch ein bedeutendes hinter dem mit den Glasermeistern und Fensterrahmenfabrikanten abgeschlossenen zurücksteht. Durch Ausbruch des Krieges ist ja nun diesen Herren ihr Handwerk vorläufig gelegt. In nächster Zeit werden wieder größere städtische und staatliche Arbeiten zur Vergabe gelangen. Dann wird unsere Organisation darauf achten müssen, daß die Unternehmer die Preise nicht blindlings unterbieten. Es ist beschämend für die Unternehmer, daß erst ihre Arbeiter sie auf den richtigen Weg verweisen müssen, um nicht die Interessen des Gewerbes zu schädigen. Wir werden streng darüber wachen, daß kommende Arbeiten nur zu Akkordpreisen hergestellt werden, welche den Teuerungsverhältnissen angepaßt sind. Mögen auch die Herren Arbeitgeber die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. Unsere Kollegen mögen aber erkennen, daß unsere Organisation auch in der Kriegszeit noch lange nicht überflüssig ist, und daß es wahrhaft traurig um unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bestellt wäre, würde unser Verband nicht zu jeder Zeit den Unternehmern als drohendes Schreckgespenst vor Augen stehen. Gerade unsere letzte Versammlung hat gezeigt, daß auch die Offenbacher Kollegen ihrer Organisation bedeutend mehr Interesse entgegenbringen müssen; tun sie das nicht, dann würden sie es in Kürze bitter bereuen.

Lohnbewegungen und Steuerungszulagen.

In **Baugen** haben die Kollegen in der **Wagenfabrik Rowad** den Vertrag gekündigt, weil der Arbeitgeber ihr Gesuch um Erhöhung der Steuerungszulage über vier Wochen unbeantwortet ließ. Nach der Uebermittlung der Kündigung erhöhte die Firma alle Stundenlöhne um 5 Pf., womit sich die Kollegen zunächst beruhigt haben.

In **Brand** ist von den Kollegen in der **Stuhlfabrik „Erzgebirgische Holzindustrie“** eine Lohnbewegung durchgeführt worden. Es wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden erreicht sowie eine Erhöhung der Löhne der Lohnarbeiter um 3 M. pro Woche, der Polierer um 10 Prozent und der Stuhlbauer um etwa 25 Prozent. Neue Muster werden nach dem Rabenauer Kalkulationstarif durch eine Lohnkommission taxiert. Die Firma sowohl als auch die örtliche Verwaltung wünscht den Zugang von Arbeitskräften.

In **Guben** ist es bei dem Maschinenfabrikanten **Moriz Heinze** zu Differenzen gekommen. Dieser Herr tut sich zwar auf seinen Patriotismus etwas Besonderes zugute, es will ihm aber nicht einleuchten, daß man seine Vaterlandsliebe auch durch angemessene Entlohnung der Arbeiter befähigen muß. Besonders leistungsfähig ist sein Betrieb in der Lehrlingsausbildung; kommen doch dort auf einen Gesellen 10 bis 14 Lehrlinge. Als die im Betrieb beschäftigten fünf Tischler zu ihrem Stundenlohn von 46 Pf. eine Steuerungszulage von 5 Pf. verlangten, mutete Herr Heinze ihnen zu, sich durch Ueberstunden eine Mehreinnahme zu verschaffen. Die Zurückweisung dieser Zumutung beantwortete Herr Heinze mit der Maßregelung eines Kollegen. Darauf legten auch die anderen Kollegen die Arbeit nieder. Jetzt sucht Herr Heinze tüchtige Tischler; er wird aber, wenn er sich nicht zur Zahlung angemessener Löhne entschließen kann, damit wenig Glück haben.

In **Kaiserslautern** haben die Kollegen bei der Firma **Weilemann** nun endlich ihre Steuerungszulage erhalten, während in anderen Betrieben des Arbeitgeber-Schutzverbandes diese Zulagen schon seit November vorigen Jahres gezahlt werden. Sie beträgt 5 Prozent sofort und Mitte Oktober nochmals 2 Prozent, insgesamt 7 Prozent. Hätten die Kollegen in dem Betrieb ihre Forderung rechtzeitig mit allem Nachdruck vertreten, dann hätten sie ihre Zulage schon früher erhalten. Erst auf eine nochmalige Aufforderung der Organisation kommen sie nun zu ihrem Rechte. Die Zulage ist in Anbetracht der Steuerungs herzlich gering; aber was sagen die Arbeiter in den großen Fabriken Eckel und Schöckwerke dazu? Haben auch sie schon einen Ausgleich für die enorme Steuerungs erhalten? Die Meinung, daß jetzt die beste Zeit dazu sei und auch notwendig, haben auch die Arbeiter in diesen Fabriken schon empfunden, aber sie haben ihre Organisation nach dem Streik 1910 verlassen und den Versprechungen des Herrn Direktors Christmann Glauben geschenkt. Heute wandern viele alte Arbeiter ab in die Kleinbetriebe, nicht deshalb, weil keine Arbeit vorhanden wäre, sondern die Steuerungszulage, die ist verlockend. Die Firma Eckel hat große Aufträge und sucht gegenwärtig Schreiner in den Tageszeitungen, was früher nie der Fall war, und lieber die Arbeiter in den anderen Betrieben ihre Arbeitsplätze verließen, um in diesen Betrieb hineinzukommen. Man glaubte, dann seinen Beitrag sparen zu können, weil für diesen „guten und besten Betrieb“ eine Organisation keinen Wert mehr habe. Und nun? Ist es doch eine traurige Tatsache, daß es Betriebe gibt, wie die Schöckwerke, die ihren Arbeitern sagen, einen höheren Stundenlohn als 45 Pf. zahlen wir prinzipiell nicht, lieber verrecknen wir einem guten und tüchtigen Arbeiter einen Akkordzuschlag. Also nur, um die Löhne im allgemeinen recht niedrig und um Arbeiter, die man recht notwendig gebraucht,

zu halten, gibt man einen Akkordzuschlag, und dabei hat die Firma durch die Militärleistungen goldene Zeiten. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Betrieben dürften allen Erstes überlegen, wie die Verhältnisse gebessert werden können. Das kann nur durch Zusammenschluß in der Organisation geschehen. Auch die organisierten Kollegen können und müssen an der Aufklärung mithelfen und organisieren; wer organisiert, nützt sich selbst.

In **Memel** ist es durch Verhandlungen mit den Baugehilfen und der Tischlerinnung gelungen, für die Tischler eine weitere Steuerungszulage von 8 1/2 Pf. pro Stunde zu erreichen. Neben der bisher gezahlten Steuerungszulage von 2 M. bedeutet das insgesamt eine Zulage von 12 Pf. auf die bisher gezahlten Löhne. Wenn die Verhandlungen sich zeitweilig auch recht schwierig gestalteten, so ist dem Zusammhalt der Kollegen doch dieser Erfolg zu verdanken. Mögen die Kolleginnen und Kollegen in den Schälwerken und auf den Schneidemühlen sich daran ein Beispiel nehmen. Besonders in den Schälwerken sind die Lohnverhältnisse noch sehr schlecht, das Organisationsverhältnis ist auch kein gutes. Hier müssen sich die Kollegen fester zusammenschließen, wenn ihre schlechte Lage verbessert werden soll.

In **Rabenau** hat der „Burgfriede“ wieder einen starken Stoß erhalten. Bei Kriegsausbruch hatten die Rabenauer Arbeitgeber bekanntlich nichts dringender zu tun, als den bestehenden Vertrag durch schriftliche Mitteilung aufzuheben. Vier größere Betriebe nützten dann die Not der Arbeiterschaft aus, um die Löhne und Tarifpreise bis zu 25 Prozent zu kürzen. Nach der Besserung der Konjunktur gelang es den Kollegen durch den Einfluß der Organisation, die früheren Löhne und Akkordpreise wieder durchzuführen und eine geringe allgemeine Steuerungszulage zu erreichen. Vor dem Kündigungsstermin des Vertrages wünschten die Kollegen eine Erhöhung dieser Steuerungszulage in Gestalt einer Lohn- und Akkorderhöhung. Die Arbeitgeber bewilligten an Stelle der gegenwärtig monatlich 4 bis 6 M. betragenden Steuerungszulage eine Kriegszulage von 5 Pf. pro Stunde für die verheirateten und 4 Pf. pro Stunde für die ledigen Kollegen, knüpften aber die Bedingung daran, daß der Vertrag bis zum 30. September 1917 Geltung haben soll. Der eingetretene Arbeitermangel hat den Arbeitgebern den Wert der Verträge plötzlich wieder zur Erkenntnis gebracht. Da die zugestandene Lohnerhöhung zu gering ist, lehnten jedoch die Kollegen die gewünschte Vertragsverlängerung einstimmig ab. Hierauf verweigerten die Arbeitgeber die Auszahlung der zugestandenen Kriegszulage. Die Kollegen nahmen daher in Aussicht, am 14. August die Arbeit einzustellen. Die Ausführung dieser Absicht konnte jedoch unterbleiben, weil sich nun die Arbeitgeber bequemen, die geringe Zulage zur Auszahlung zu bringen. Wie sich die Dinge nach Ablauf der Kündigungsfrist entwickeln werden, bleibt abzuwarten, doch dürfte es bei der ganzen Beranlagung der Rabenauer Arbeitgeber gut sein, wenn sich die Kollegen auf einen Kampf vorbereiten.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftstabelle im Jahre 1915.

In der Statistischen Beilage des Korrespondenzblattes der Generalkommission wird die Kartellstatistik für das Jahr 1915 veröffentlicht. Sie umfaßt 524 Kartelle, das sind 54 weniger als im Jahre 1914. Die Zahl der Kartelle ist größer, jedoch nicht genau feststellbar. Nach dem Verzeichnis der Generalkommission sollten 757 Kartelle vorhanden sein, doch dürften von diesen manche ihre Tätigkeit eingestellt haben, ohne daß eine Meldung erfolgt ist. Die berichtenden Kartelle hatten am Schluß des Jahres 888 147 Mitglieder, am 1. Juli 1914 zählten die gleichen Kartelle noch 2 127 631 Mitglieder. Eingegangen sind überwiegend kleinere Kartelle. Von den Kartellen, die vor dem Kriege mehr als 5000 Mitglieder hatten, fehlen in der vorliegenden Statistik nur zwei: Dessau und Solingen. Von denen mit mehr als 2500 Mitgliedern fehlen 9, von denen über 1000 Mitgliedern 26; die übrigen 259 Kartelle, die vor dem Kriege existierten, jetzt aber in der Statistik fehlen, hatten einen geringeren Umfang.

Die verschiedenartigen Einrichtungen, welche die Kartelle zur Erfüllung ihrer Aufgaben geschaffen haben, sind zwar während des Krieges nicht aufgehoben worden, aber ihre Tätigkeit ist vielfach beschränkt. Das gilt jedoch nicht für die wichtigsten Einrichtungen, die Arbeitersekretariate, deren Wirksamkeit durch den Krieg eine Steigerung erfahren hat. Ihre Zahl betrug 115 gegen 119 im Jahre 1914 und 111 im Jahre 1913. Die Erhaltung der Sekretariate erfordert einen erheblichen Kostenaufwand, der bei dem verminderten Mitgliederstand um so spürbarer war. Zur Unterhaltung einer Reihe von Sekretariaten leistete die Generalkommission erhebliche Zuschüsse. Neben den Sekretariaten haben 24 Kartelle noch Gewerkschaftsbureaus eingerichtet. In den Sekretariaten und Gewerkschaftsbureaus waren im Jahre 1915 183 Angestellte tätig, das sind 24 weniger als im Jahre 1914. Nicht mitgezählt sind hier die Rechtsauskunftsstellen, die in 166 Kartellen bestehen.

Gewerkschaftshäuser bestehen an 78 Orten, davon 54 auf eigenem Grund und Boden; in 22 Orten sind die Räume gepachtet oder gemietet. An 17 Orten werden Versammlungssäle unterhalten. Herbergen in eigener Regie besitzen 33 Kartelle, und 24 Kartelle haben mit Gastwirten Vereinbarungen zur angemessenen Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder getroffen. Von den berichtenden Kartellen besitzen 441 gemeinsame Bibliotheken, die in 93 Fällen mit Lesezimmern verbunden sind. Die 311 Bildungsausschüsse und 293 Jugendkommissionen sind in der Regel gemeinsam mit der Partei gebildet. Bauarbeiterkommissionen bestanden in 176 Orten. Besondere Kommissionen für Gewerbeinspektionsachen in 76 und Kommissionen zur Bekämpfung des Kost- und Logiswesens in 34 Orten.

Während der Kriegsdauer hat sich das Tätigkeitsgebiet der Kartelle verschoben. An die Stelle mancher Aufgaben in der Friedenszeit traten andere. In der ersten Zeit des Krieges waren die Kartelle stark in Anspruch genommen durch die Mitarbeit bei der Regelung und Verbesserung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer und für die Arbeitslosen und die Schaffung von Arbeits-

Gelegenheit durch die Gemeinden. Im Jahre 1915 erforderte die Mitarbeit bei der Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise größere Aufmerksamkeit, dazu kommen die Maßnahmen in Sachen der Fürsorge für die Kriegsgeschädigten. Auch auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung haben sich die Kartelle in hervorragendem Maße betätigt. Von den 507 Versammlungen, welche die Kartelle veranstalteten, dürfte der größte Teil den Fragen der Volksernährung gewidmet gewesen sein. In 113 Kartellen wurden durch Sammlungen und durch Beiträge aus den Kartellkassen 46 735 M. ausgebracht, wovon 31 907 M. für die Familien von Kriegsteilnehmern und 14 738 M. für Arbeitslose verwendet wurden. Mit dem Einschluß des Jahres 1914 wurden von diesen Kartellen 74 577 M. für solche Unterstützungen aufgewendet.

Ueber ihre Einnahmen haben 508 Kartelle berichtet, die an Beiträgen 617 422 M. und an sonstigen Einnahmen 356 686 M. eingenommen haben. Die Gesamtausgabe von 502 berichtenden Kartellen betrug 1 149 318 M. Demnach mußten die Bestände aus dem Vorjahr in erheblichem Maße angegriffen werden. Von den Ausgaben entfallen auf Agitation 36 707 M., Arbeitervertreterwahlen 1251 M., statistische Erhebungen 1735 M., Gewerkschaftshäuser und Versammlungsräume 119 677 M., Herbergen und Arbeitsnachweise 38 006 M., Sekretariate und Rechtsanwaltsstellen 448 277 M., Bibliotheken und Lesezimmer 50 060 M., sonstige Bildungszwecke 45 224 M., Jugendzucht 34 958 M., Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern und an Arbeitslose 36 497 M., Verwaltungskosten 180 906 M. und sonstige Ausgaben 146 951 M.

Die Statistik beweist, daß die Gewerkschaftskartelle den Krieg seither ohne ernste Erschütterung überstanden haben. Wenn auch alle Kartelle bedeutend an Mitgliedern verloren haben und die gleiche Ursache in vielen kleineren Orten zur Aufhebung des Kartells geführt hat, so ist doch der Kern der Kartelle erhalten geblieben. Der Tätigkeitsbericht der Kartelle zeigt, daß sie die ihnen durch den Krieg erwachsenen Aufgaben richtig erfüllt haben, und wir dürfen hoffen, daß sie sich auch weiterhin als wichtiges Glied unserer gewerkschaftlichen Organisation bewähren werden.

Der Verband der Schiffszimmerer hielt am 30. Juli in Hamburg eine Konferenz ab, an welcher die Bezirksleiter und Vertreter der Tariforte teilnahmen. Die Aussprache über die Tarifverträge zeitigte eine Resolution, in welcher im Hinblick auf die geringen Feuererzeugnisse die Erhöhung der bisherigen Lohnsätze in den Tarifverträgen als dringend notwendig bezeichnet wird. Alle bestehenden Verträge sind zum nächsten Ablauftermin zu kündigen und neue Verträge nur abzuschließen, wenn die Lohnfestsetzungen eine zeitgemäße Erhöhung erfahren. Der Lehrlings-

frage will der Verband erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, statistische Erhebungen über die Lehrlingsverhältnisse zu veranstalten. Die Zahlstellen sollen praktische Vorschläge zur Verringerung bestehender Mängel in der Ausbildung der Lehrlinge in Erwägung ziehen und dem Verbandsvorstand darüber berichten.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das **Eiserne Kreuz** haben nach den uns zugegangenen Mitteilungen in der letzten Zeit die nachbenannten Verbandsmitglieder erhalten: Ernst Adler, Tischler, aus Baugen; Reinhard Müller, Tischler, aus Berlin; Hermann Ehlers, Tischler, aus Bochum; Josef Helmes, Partikler, und Philipp Feller, Schreiner, beide aus Koblenz; Martin Hofmann, Binselmacher, aus Frankenberg; Emil Straube, Tischler, aus Hainichen; Oskar Seifert, Stuhlbauer, aus Partha (ist inzwischen an den erkrankten Verwundungen gestorben); R. Kurmeyer und Heinrich Lenschow, beide aus Lehre; Reinhold Wendt, Korbmacher, aus Mühlberg; Albert Boffan, Korbmacher, aus Neuzelle; Hugo Hofmann, Alfred Runze und Wilhelm Rood, Tischler, alle drei aus Böhsned; Johann Taugerbet, Drechsler, aus Wendelstein; Josef Fegelein, Schreiner, aus Würzburg; Alfred Burkhart, Paul Hornickel, Max Mitbauer, Tischler, Max Gerhardt, Maschinenarbeiter, alle vier aus Zeitz.

Literarisches.

„Kleine Völker- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben.“ Unter diesem gemeinsamen Titel beginnt die angesehene Verlagsbuchhandlung Friedrich Andreas Berthels u. G. in Gotha die Herausgabe einer Sammlung wertvoller Bücher. Deren Zweck ist es, dem Leser Kenntnis von der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwicklung des fremden Volkes zu vermitteln. Das geschieht nicht in Form von Anhäufung trockener Zahlen und auseinandergerissener Tatsachen, sondern jeder einzelne Band will, wie es in der Einführung heißt, unter Berücksichtigung der Eigenart jedes Volkes versuchen, alle Einzelthematika im Rahmen des gesamten Werdeganges zu behandeln, den das fremde Land durchlaufen hat und durchläuft.

Von dieser Sammlung sind jetzt zwei Bände erschienen: Island von Dr. Julius Polorny und Rumänien von Dr. D. v. Dungen. Beide Länder stehen im Vordergrund der öffentlichen Erörterung, die Bücher sind also besonders aktuell. Ein jedem Bande beigegebenes Namen- und Sachregister erleichtert den Gebrauch. Jeder der Bände kostet gebunden 3 M.

Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Bd. 7. Enthaltend die Chronik des Weltkrieges vom 1. März 1916 bis 4. Mai 1916, nebst Erzählungen, Schlachtenbilderungen und Beschreibungen der Kriegsmittel sowie zahlreiche Tafeln, Abbildungen und Pläne. Preis geb. 1,25 M. Karton. 1 M. (Stuttgart, Franckh'sche Verlagsbuchhandlung.)

Kriegsinvalidentfürsorge und Gewerkschaften. Von Kurt A. Preis 60 Pf. Verlag G. Wirt u. Co. m. b. H. München. — Die Schrift ist die Wiedergabe eines Vortrages von der Verfasser im Gewerkschaftsverein in München gehalten hat. Sie stellt einen Versuch dar, die Stellung der Gewerkschaften zu den einzelnen Fragen der Kriegsinvalidentfürsorge darzulegen.

Die deutschen Militärkasseler und der Reichstagsrat für die Lederarbeitsgewerbe. Eine geschichtliche Darstellung der gewerkschaftlichen Bestrebungen im Sattlergewerbe von P. Blum. Berlin, Selbstverlag des Verbandes der Sattler- und Portefeuliler.

Ein Jahr sozialdemokratischer Reichstagsarbeit im Krieg. Unter diesem Titel ist eine vom Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgegebene Broschüre erschienen, die ein Bild gibt von der Tätigkeit der Reichstagsfraktion in der letzten Session. Die zwei Bogen starke Broschüre kann zum Selbstkostenpreis von 5 M. pro 10 Exemplare vom Parteivorstand bezogen werden.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg. (Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg, Invalidenfonds.)

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 15. Februar bis 15. August 1916: Altona 1,05 M., Ausbach 2,55, Berg. Gladbach 0,31, Berlin B (Keld) 3,30, Berlin C 150, Berlin I 150, Berlin E 200, Berlin II 50, Braunschweig 0,55, Breslau 39, Bunzlau 7,20, Burg 8,70, Charlottenburg 10, Chemnitz 4,95, Köln I 8,95, Darmstadt 15, Deutz 20, Dessau 10, Dillbrück 3,70, Ehrenfeld 30, Erfurt 6, Essen 10, Fellbach 5, Freiburg i. B. 4, Fürth 8, Gaisburg 6, Geisenkirchen 1, Gießen 12,20, Haibach 1,05, Harburg 5, Hermsdorf 0,90, Kalk 46,30, Leuzsch 15, Lichtenberg 200, Lübbau 7,45, Luckenwalde 6,40, Mannheim 10, Mariendorf 10, Meissen 10,35, Mülheim a. Rh. 20,15, München I 10, Pforzheim 2, Potschappel 14, Rath-Heumar 9,20, Schöneberg 10, Singen 1,30, Stuttgart 3,50 M. Kassenbestand am 15. Februar 5642,73 M., Summa 6804,79 M.

Ausgezahlt wurden im gleichen Zeitraum: In einem Falle 25 M., in einem Falle 10 M., Porto 0,40 M., Summa 35,40 M. Demnach Kassenbestand am 15. August 1916: 6769,39 M.

Allen Gekern besten Dank. Weitere Gaben nimmt dankend entgegen H. Sud, Hauptkassierer.

Gestorbene Mitglieder.
Konrad Stein, 71 Jahre, gest. in Offensbach a. M.
Otto Beger, Korbmacher, 53 Jahre, gest. in Braunschweig.
Amen Seidler, Schreiner, 64 J., gest. in Frankfurt a. M.
Emil Brüdner, Kistenbauer, 21 J., gest. in Leipzig.
Ehre ihrem Andenken.

Julius Dienesen, Holzdrechler, wird ersucht, seine Adresse an E. Weder, Café, Königstor, zu senden.

Mehrere tüchtige **Schreiner** für bessere Schlafzimmernmöbel gesucht. Dauernde Arbeit.
Kerfing & Mayer, Höchst a. M.

Tüchtige Bau- u. Möbeltischler u. Einsetzer stellt ein
Siebert, Dampfischlerei, Kastenburg (Ostpr.).

Tüchtigen Bautischler für dauernd bei hohem Lohn suchen
G. Beutwig & Co., Baugeschäft, Pritz (Pomm.).

Einige tüchtige **Schreiner** können sofort eintreten bei
Gottl. Schuster, mech. Schreiner, Heilbronn am Neckar.

Tischlergehilfen, auch Kriegsbeschädigte, finden dauernde Beschäftigung auf Munitionsfabriken bei
C. B. Friede Sohn, Holzindustrie, Rixburg (Wefer).

Mehrere tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Arbeiten in dauernde Stellung gesucht.
Kunstmöbelfabrik, Clemens Schmidt, Banneggen i. Sa.

Mehrere tüchtige ältere militärische **Möbeltischler**, welche bessere Speisezimmer nach Zeichnung arbeiten können, finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Richard Eise, Säbener & Co., G. m. b. H., Dessau.

Für dauernd zum sofortigen Eintritt 4 bis 5 tüchtige Möbelschreiner auf Tische gesucht.
Rheinisch-Westfälische Tischfabrik, Karle & Co., Veyenburg bei Barmen.
3 bis 4 tüchtige Möbeltischler auf eichene Bücherschränke und Schreibtische nach Zeichnung für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Erich Voche, Baruth (Mark).

Tüchtige **Tischler** für vornehme eichene Herren- und Speisezimmer sowie einen **Beizer**, der in der neuesten Beiztechnik erfahren ist, auf dauernd gesucht.
Niedersächsische Möbelfabrik, Münden a. Deister.

Tischler, Beizer und Polierer auf bessere Herren- und Speisezimmer sofort bei hohem Lohn gesucht.
Kunstmöbelfabrik Treenen (Sachsen).
Möbeltischler oder Stuhlbauer sofort gesucht.
G. Bloos, Coburg, Naumannstr. 3a.

Mehrere Stuhlbauer auf bessere Stühle, Sessel und Garnituren finden dauernde und gutlohnende Arbeit.
Kürth & Vieber, Geringswalde i. Sa.
Einige Stuhlbauer sowie ein Stuhlpolierer finden sofort dauernde und lohnende Beschäftigung.
Brede & Schwarz, Stuhlfabrik, Blomberg i. Lippe.

Tüchtiger **Drechsler** für dauernde und lohnende Arbeit gesucht.
C. Jaehne & Sohn, G. m. b. H., Maschinenfabrik, Landsberg a. d. Warthe.

Kammfabrik sucht tüchtigen Schleifer (auch Schleiferin), welche auch polieren können, für sofort.
Frankfurter Kammfabrik Walter & Reich, Frankfurt a. M., Burgstr. 70-74.

Korbmacher auf Grüngeschlagen und Mattarbeit bei 50 Prozent Tarifausschlag sucht
H. Kühn, Köpfchenbroda.

Korbmacher auf Grün, Gematt und Geschlagen stellen bei 50 Proz. Tarifausschlag jederzeit ein
Gebr. Better, Köpfchenbroda b. Dresden.

Korbmacher auf 66er in Weide und Drillungsgestelle sucht
Mag Poppel, Dresden-N., Böllnerstr. 5.
5 bis 6 Korbmacher auf Reise- und Waschlörbe stelle ein. Lohn nach Reichstaxi.
Karl Franke (Bruno Weißes Nachfolger), Schlettau im Erzgebirge.

Suche zu sofort bei höchstem Lohn **4 Korbmacher-Gefellen** auf Geschlagenes und Grün.
Franz Schneider, Wismar i. Meckl.

5 tüchtige **Korbmacher** auf Mattarbeit, Pflanzen- u. Obstversandlörbe erhalten sofort Arbeit für dauernd. Tarifausschlag und 30 Prozent Kriegszuschlag.
Paul Winkler, Korbfabrik, Herischdorf i. Nbg.

2 Korbmachergehilfen auf Reise- und Waschlörbe gesucht. Dauernde Arbeit.
Franz Keil, Löbau (Sachsen).

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 12. August, bis Freitag, 18. August 1916.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Machinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Zusgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	28	10	22	32	90	24	33	24	33	31	4	4	109	8	85	239	108	190			
Bremen	6	—	3	4	5	—	3	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	13	5	—	—
Breslau	2	4	1	2	8	2	—	2	—	3	—	—	—	—	—	2	4	2	6	21	5
Celle	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Chemnitz	—	—	—	2	24	1	—	4	—	1	—	—	—	—	—	2	—	1	3	30	2
Eisenburg	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	12
Fosch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hannover	10	2	—	5	14	—	—	1	—	1	—	—	8	2	—	2	24	9	—	—	—
Herford	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	5	9	9	17	54	10	12	6	2	3	14	1	1	3	—	7	1	9	45	87	31
Lübeck	2	5	—	—	10	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
Zusammen	53	30	35	62	217	37	48	14	27	38	17	32	5	3	4	126	17	110	332	298	249
Vor. Woche	63	29	52	76	205	39	44	11	38	29	14	39	2	2	8	115	25	84	334	286	260

NE. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.